



KOMMENTARE

Anpassen

Rasmus Buchsteiner zur Altersarmut

Noch ist Altersarmut eher ein Randphänomen in Deutschland. Aber der Anteil derer, die entweder keine oder so geringe Ansprüche an die Rentenversicherung haben, dass es nicht zum Leben reicht, wird deutlich steigen.

Es gilt, mit den richtigen Maßnahmen gegenzusteuern. Eine Stabilisierung des Rentenniveaus, wie sie die SPD fordert, wäre jedenfalls kein Patentrezept, und sie müsste erst einmal finanziert werden. Gibt es Alternativen? Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich bereits dramatisch verändert: Erwerbsbiografien mit einem sozialversicherungspflichtigen Job im selben Unternehmen bis zum Renteneintritt sind zur Ausnahme geworden. Phasen mit Beschäftigung, unterbrochen von Erwerbslosigkeit, werden immer häufiger. Die Digitalisierung dürfte zu weiteren Verschiebungen führen. Es gilt, die Zeichen der Zeit zu erkennen, das System anzupassen, ohne seine Grundprinzipien außer Kraft zu setzen.

Wer über Jahrzehnte hinweg gearbeitet hat, aber wegen geringerer Entlohnung nicht über Grundsicherungsniveau hinauskommt, verdient einen Bonus. Auch für Selbstständige mit kleinem Einkommen muss es eine Absicherung geben. Auf die Politik wartet viel Renten-Arbeit.



Rentenbescheid

Karikatur: Heiko Sakurai

„Keine Kuh, die im Himmel frisst“

Rentenexperte Bert Rürup: Stabilisierung des Rentenniveaus hilft nicht gegen Altersarmut

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin. Bert Rürup ist Rentenexperte und war früherer Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



> Wer heute Mitte 40 ist, hat ein erhöhtes Risiko, im Alter arm zu sein, so das Ergebnis einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung. Sind die Warnungen berechtigt?

Unter zukünftigen Rentnern wird sich das Armutsrisiko bis Mitte der 2030er-Jahre erhöhen. Am stärksten gefährdet sind Selbstständige, Personen mit gebrochenen Erwerbsbiografien, Frauen, die länger in Teilzeit gearbeitet haben, Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmer und vor allem Arbeitnehmerinnen, die lange Zeit im Niedriglohsektor beschäftigt waren.

> Die SPD will das Rentenniveau stabilisieren. Ein sinnvoller Vorschlag?
Eine Stabilisierung des Rentenniveaus hat hohen Symbolwert. Anders als viele

glauben, gibt die Höhe des Rentenniveaus aber keine Auskunft darüber, wie viel Prozent des Lohnes durch die Rente ersetzt wird.

> Viele glauben, ein höheres Rentenniveau würde gegen Altersarmut helfen...

Wir haben 530 000 Menschen, die auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Ein Viertel davon hat keine Rentensprüche, 40 Prozent beziehen eine Rente unter 400 Euro monatlich. Selbst eine Heraufsetzung des Rentenniveaus auf 60 Prozent würde ihnen nicht aus der Altersarmut helfen. Von einer Anhebung profitieren vor allem diejenigen, die lange gearbeitet und gut verdient haben.

> Wie kann denen geholfen werden, die von Altersarmut betroffen sind?

Die Verhinderung von Altersarmut ist vorrangig eine Aufgabe des staatlichen Systems. Private oder betriebliche Zusatzvorsorge soll die gesetzliche Rente aufstocken, aber nicht Altersarmut vermeiden. Das Verhindern von Altersarmut kann nicht nur durch einen Umbau des Altersversicherungssystems geschehen, sondern erfordert auch eine vorausschauende Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.

> Was schlagen Sie konkret vor?

Ein Ansatz, um das Armutsrisiko von langjährig im Niedriglohsektor Beschäftigten zu reduzieren, wäre die Solidarrente von Andrea Nahles. Das Prinzip besteht darin, dass, wer viele Jahre im Arbeitsleben bemüht war, nicht hilfsbedürftig zu sein, im Alter nicht auf die staatliche Fürsorge angewiesen sein sollte. Für Erwerbstätige sollte es eine Rente über der Grundsicherung geben.

> Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will über die Rente mit 67 hinausgehen. Halten Sie das – irgendwann – für unvermeidlich?

Unvermeidlich ist nichts. Das Rentensystem ist keine Kuh, die im Himmel frisst und auf der Erde gemolken werden kann. Die Kosten der Bevölkerungsalterung kann man nicht wegreformieren. Man kann nur versuchen, sie ausgewogen zu verteilen. Dazu gibt es vier Möglichkeiten: Höhere Beiträge, mehr Steuerzuschüsse, ein geringeres Rentenniveau und das Heraufsetzen der Altersgrenze. Kein Ökonom der Welt kann sagen, was im konkreten Fall die beste Lösung ist. Aber vor Mitte der 2020er Jahre muss keine Entscheidung über eine weitere Anhebung gefällt werden.

PRESSESPiegel

Rente ist nicht für alle sicher

Die „Mittelbayerische Zeitung“ aus Regensburg schreibt zur Alterssicherung:

„Die SPD hat ihr Konzept vorgelegt, das etwa eine Solidarrente – oberhalb der Grundsicherung – für jene Menschen vorsieht, die 30 Jahre Beiträge in die Rentenkasse gezahlt haben oder 40 Jahre versichert waren. (...) Die Union meint, auf ein Rentenkonzept verzichten zu können, weil mit den derzeit wirkenden Reformen alles in Butter sei. Das ist jedoch ein Trugschluss. Beitragszahler und Rentenbezieher wollen Sicherheit.“

Durch die Niedriglohnjobs wächst die Gefahr der Altersarmut

Studie der Bertelsmann-Stiftung: 2028 werden 20 Prozent der Neurentner betroffen sein

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin. Wirtschaftsexperten warnen vor zunehmender Altersarmut in Deutschland. „Wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht, könnte es zu einem bösen Erwachen kommen“, erklärte Aart De Geus, Chef der Bertelsmann-Stiftung, die nun eine neue Studie zum Thema vorgelegt hat.

Wer Mitte 40 ist, ist demnach stärker von Altersarmut gefährdet als heute 65-Jährige. 20 Prozent der Neurentner werden demnach 2036 von Altersarmut bedroht sein. Zuletzt waren es 16 Prozent. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 958 Euro netto im Monat zur Verfügung hat.

Forscher führen diese Entwicklung vor allem auf zwei Faktoren zurück. Da ist zum einen die gestiegene Verbreitung „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse, also etwa Minijobs, Leiharbeit und Werkverträge, sowie von Niedriglohnjobs und unterbrochenen Erwerbsbiografien mit Phasen der Langzeitarbeitslosigkeit. Zum anderen kann auch private Altersvorsorge das Absinken des Rentenniveaus bisher nicht ausgleichen.

Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Niedrigqualifizierte. Die Grundsicherungsquote alleinstehender Frauen steigt laut Studie bis 2036 auf fast 28 Prozent (2015: 16 Prozent), bei Langzeitarbeitslosen auf 22 Prozent (2015: 19 Prozent).

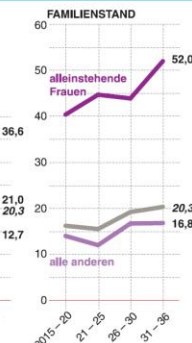
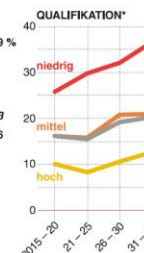
gere Rentenansprüche haben, kämen sie auch bei einem höheren Rentenniveau nicht aus der Armutsfalle.

Deshalb werden derzeit mögliche andere Maßnahmen diskutiert, um der Entwicklung entgegen zu wirken. Dazu gehören etwa Programme gegen Langzeitarbeitslosigkeit oder für Frauen, die wieder Tritt fassen wollen im Beruf. Diskutiert wird auch eine Versicherungspflicht für Selbstständige, die nicht anderweitig abgesichert sind. Zuletzt hatte der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das einen Freibetrag 200 Euro für Geringverdiener vorsieht. Im Klartext: Wer im Alter auf Grundsicherung angewiesen ist, darf künftig rund 200 Euro von möglichen Ansprüchen aus Betriebs- oder Riester-Rente behalten. Ein Vorschlag ist auch die Solidarrente: Ein Renten-Aufschlag für langjährige Geringverdiener.

Im Wahlkampf wird das Thema Rente wohl noch eine wichtige Rolle spielen. Die SPD sucht die Zuspitzung mit verschiedenen Vorschlägen, etwa der Stabilisierung des Rentenniveaus oder der Solidarrente. Die Union dagegen will kein eigenes Rentenkonzept vorlegen.

Altersarmut: Das Risiko steigt

Wer dauerhaft weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, gilt als arm. Laut einer Studie könnten so viele der dann 67-Jährigen davon betroffen sein (in Prozent).



*niedrig: höchstens Mittelstufe; mittel: Abitur, aber kein Hochschulabschluss oder abgeschlossene Berufsausbildung; hoch: höhere Berufsausbildung, Hochschulabschluss
Quelle: Bertelsmann Stiftung dpa-26819